Der sozialdemokratische Kampfel



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2 - 1994

15 Schilling

"Stimmungskanonen" in Bombenstimmung

Manches Geschehene, so erschreckend es auch gewesen sein mag, wird verstehbar, wenn man in den allgemeinen Sprachgebrauch hineinhört. Verstehen kann in solchem Zusammenhang freilich nicht verzeihen heißen, denn was da in aller Denkschlampigkeit zum öffentlichen Ausdruck kommt, ist unverzeihlich. Das Vokabular ist der kriegerischen Vergangenheit entnommen, die freilich, was die letzte Katastrophe betrifft, ein halbes Jahrhundert zurückliegt. Aber, wie sagte Erich Kästner: "Nichtsdestotrotz geschieht auch heutzutage noch manches, was der Steinzeit ähnlich sieht."

Niemand hat daran Anstoß genommen, als vor ein paar Jahren ein redegewandter Kleriker ganz offiziell als "Maschinengewehr Gottes" präsentiert wurde. Wie vergleichsweise gemütvoll wird dasselbe im Dialekt ausgedrückt: "Dem geht die Goschen wie a Schwert." Und dazu drängt sich förmlich ein politischer Typus in den Sinn, den sein Anhang im Bierzelt sicherlich als "Stimmungskanone" assoziiert, wenn er sich, in rhetorischer "Bombenform", anschickt, das jeweilige politische Feindbild "am Boden zu zerstören". Da quillt im Bierdunst das über, was man gemeinhin "Bombenstimmung" zu nennen beliebt, man fühlt sich "bombig". Und manchmal, es wurde kürzlich tragisch erlebbar, pflegt dem Wort die Tat zu folgen. Das muß keineswegs in Personalunion geschehen: Dazu gibt es eine gewisse gesellschaftliche Arbeitsteilung, die unter einem Heine-Motto funktioniert. Man will zwar nicht in aller Öffentlichkeit von gewissen Leuten gegrüßt werden, aber im gemeinsamen geistigen trauten Heim...

Nun sind zum Jahresende Briefbomben an eine Reihe von Mitbürgern und Mitbürgerinnen verschickt worden, die allesamt notorisch nicht der österreichischen Rechten zuzuzählen sind. Mitmenschen, die sich den Grundsätzen der Humanität und der Toleranz verpflichtet fühlen und dieser Verpflichtung öffentlich Ausdruck verliehen haben, sind zu Zielscheiben rassistisch-nationalistischer Aggressivität geworden. Und seit Wochen war dem eine auf dieselbe Personengruppe zentrierte Hetzkampagne in diversen neonazistischen Untergrundgazetten vorangegangen. Man fühlt sich zur Frage verleitet, was sich die damit hoffentlich beschäftigte Staatspolizei dabei gedacht haben mag?

Die Frage scheint berechtigt angesichts des übrigen staatspolizeilichen Verhaltens, aus dem nur ein, freilich markantes Beispiel herauszugreifen ist: Erst im Zuge der Fahndung nach den Briefbombenverbrechern hat man in der Behausung des wegen neonazistischer Umtriebe verurteilten Rechtsextremisten-Führers Küssel Nachschau gehalten. Dabei hat sich, offenbar nur zur Überraschung der Staatspolizei, herausgestellt, daß Küssels Wohnung als neonazistisches Depot und als Organisationsdrehscheibe, auch nach der Inhaftierung des Mieters, funktioniert hat. Nachbarn ließen verlauten, sie hätten die Polizei auf allerlei Verdächtigkeiten hingewiesen, ohne daß das eine angemessene Reaktion ausgelöst habe. Es scheint nach jahrelanger Überanstrengung des linken polizeilichen Auges problematisch, erforderlichenfalls die rechte Sehschärfe zu aktivieren.

Und wenn es da nicht beherzte tschechische Zollbeamte gäbe, die lang vor den österreichischen Kollegen auf Fahndungsmeldungen reagieren, dann sähe die Sache noch viel schlimmer aus. Es gab in der Zwischenkriegszeit einen bösartigen Witz, in dem bei einer Nazidemonstration ein österreichischer Wachmann einen Juden mit dem Gummiknüppel traktiert. Und der Jude sagt: "Was haun sie mich? Ich bin doch kein Nazi." Worauf der Ordnungshüter entgegnete: "Ich bin einer." Hier bietet sich eine Parallele zur sprachlichen Tradition: Polizeiapparate pflegen - auf längere Sicht - jeglichen politischen Wandel relativ ungebrochen zu überdauern. Dafür gibt es auch in der neueren österreichischen Justizgeschichte eine Anzahl markanter Beispiele, die freilich nicht zur Generalisierung verleiten dür-fen. Aber im Geist einer Truppe marschiert da so manches mit.

Die Aufarbeitung der Briefbombenaffäre durch die sogenannten Medien, die so heißen, weil sie sich selber als Mittelpunkt empfinden, war bemerkenswert. Es gelang spielend, die beklagenswerten Opfer deutlich in Weizen und Spreu zu scheiden, die rasch profilierte Prominenz zum Show-Objekt zu machen und hinter einer nicht in allen Details appetitlichen Aufmachung die politische Komponente der Sache zur Nebensächlichkeit werden zu lassen.

(Fortsetzung 2)

Gedenkkundgebung 60 Jahre Februar 1934

am Samstag, 11. Februar 1994, um 18 Uhr im Schlingerhof in Wien-Floridsdorf.

Es spricht:

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky

NIEMALS VERGESSEN



Daß es möglich war, in solchem Zusammenhang Herrn Haider zu einem Fernsehauftritt zu verhelfen, gehört zu den besonderen Abwegigkeiten inländischen Desinformationsverhaltens.

Selbstverständlich fällt die öffentliche Mißbilligung der Briefbombentäter vordergründlich ganz massiv aus. Aber aus der braunen Kulisse läßt sich korrigierendes Tuscheln vernehmen: Man muß den Exzeß doch auch als Ergebnis der verfehlten Ausländerpolitik der "Altparteien" sehen. Der verbitterte Gründer der verbotenen "Ausländer-Halt"-Bewegung, Horst Jakob Rosenkranz, laut "profil" geistiger Weggefährte von Gerd Honsik und Franz Radl, meint: "Wenn einem die Möglichkeit genommen wird, mit demokratischen Mitteln zu werben, kann es sein, daß andere zu anderen Mitteln greifen." Das ist zwar nicht zwingend logisch, aber wer hätte das auch erwartet. Rosenkranzens Frau, sozusagen dessen Güldenstern, ist FPÖ-Landtagsmandatarin in Niederösterreich, wo Hans-Jörg Schimanek Haiders Banner hochhält. Sie meint: "Die immer wieder zitierte Toleranz gegenüber anderen Lebensformen darf uns nicht das Wohl unserer Kinder vergessen lassen." Ihre Kinder, es sind sieben, waren derweil

großteils mit dem Papa bei der Julfeier, wo sie die alten Kameraden und deren Nachwuchs mit ihrem Geigenspiel erhoben.

Mittlerweile ist aber die Zeit mit Riesenschritten weitergegangen, freilich nicht ohne von Herrn Haider rechts überholt worden zu sein. Angesichts der noch keineswegs gemähten Landtagswahlwiesen kündigte er sich als politischer Matchwinner kanpp vor der Jahrtausendwende an: Da stünde, unter seiner Führung, die "Dritte Republik" ins Haus. Das Dritte Reich haben wir hinter uns gelassen, nicht ohne daß es uns angeschlagen hätte. Auf die "Dritte Republik" Haiders darf füglich gehustet werden. Statt zu landesüblichem "Willkommen" darf zur skeptischen Formel "Sie haben uns gerade noch gefehlt" geraten werden.

Nein, Österreich hat andere Sorgen. Nach dem Untergang des Kommunismus ist der Kapitalismus übrig geblieben, und zwar in einem offenbar kaum jemand zumutbaren Zuschnitt. Selbst der zur Zeit amtierende Papst mag ihn nicht sehr. Er sieht die Gründe für viele Schwierigkeiten "in den degenerierten Entwicklungsformen des wilden Kapitalismus" und meint: "Der Sozialismus ent-

hält einige Körnchen Wahrheit, die nicht umkommen sollten, wie den Kampf gegegen die Arbeitslosigkeit und die Fürsorge für die Armen." Wäre man arrogant, könnte man feststellen, daß in des Papstes Werturteilen dann und wann ein Körnchen Wahrheit steckt.

Aber ganz ohne Spaß: Da wurde die politische Hauptaufgabe der Sozialdemokratie angesprochen, an deren Lösung sie gemessen werden wird. Es gilt, gegen den Druck anzukämpfen, den der übrig gebliebene Kapitalismus auf den internationalen Arbeitsmarkt ausübt. Es gilt, sich einer offensichtlichen Tendenz bürgerlicher Politik entgegenzustellen, deren letzte ökonomische Weisheit im Sozialabbau und in der Demolierung der vergesellschafteten Wirtschaft besteht. Wer die Interessen der Arbeitenden gegen die übermütig gewordenen Profiteure nachdrücklich verficht, der wird jenes Potential an Protest- oder Nichtwählern verringern, aus dem Haider die Hoffnung auf seinen Dritten-Reich-Ersatz, die "Dritte Republik", schöpft. Men-schen mit sozialer Perspektive sind Garanten einer demokratischen Entwicklung. Politische Fehlleistungen arbeiten jenen in die Hände, die für die Briefbombenbastler Verständnis haben.

Kurz gemeldet

FPÖ-Gemeinderätin und "Eckartbote"

Die Wiener FPÖ-Gemeinderätin Barbara Schöfnagel, die auch Mitglied des Kollegiums des Wiener Stadtschulrates ist, wird vom "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" als Vorstandsmitglied der "Österreichischen Landsmannschaft" genannt. Die FPÖ-Politikerin ist auch Mitherausgeberin der Monatszeitschrift "Eckartbote" dieser Landsmannschaft, in der etwa Adolf Hitler als "eine der dynamischesten Erscheinungen unseres Jahrhunderts" gewürdigt wird. "Ihre Tätigkeit beim "Eckartboten" disqualifiziert sie für den sensiblen Schulbereich. Ich erwarte, daß Frau Schöfnagel freiwillig aus dem Kollegium ausscheidet", erklärte Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz. Rücktrittsaufforderungen an Schöfnagel gab es auch vom Berufsbildungsreferenten des ÖGB, Gerhard Prager, und von der Wiener Gewerkschaftsjugend.

"Gesunde Einstellung"

Der russische Nationalist und Rechtsextremist Wladimir Schirinowski besuchte Ende Dezember 1993 seinen österreichischen Freund und Gastgeber, den Ex-Industriellen Edwin Neuwirth, in der Kärntner Ortschaft Reichenfels. Zuvor war Schirinowski mit dem rechtsradikalen Führer der "Deutschen Volksunion", Gerhard Frey, in München zusammengetroffen. Dieser Umstand legte Fragen an Herrn Neuwirth, einen früheren Freiwilligen bei der Waffen-SS, nahe. In einem ORF-Interview sagte Neuwirth wörtlich: "Davon ist mir nichts bekannt, daß es Gaskammern gegeben hat. Einige Untersuchungen, die dort stattgefunden haben, sagen aus, daß es dort keine gegeben hat." Als seine politische Heimat bezeichnete der 67jährige Ex-Unternehmer die FPÖ: "Ich habe eine gesunde Einstellung, auf die ich stolz bin." Ermittlungen in Richtung Verdacht auf Wiederbetätigung (§ 3g Verbotsgesetz) gegen Neuwirth wurden eingeleitet.

Nachdem Schirinowski aus Bulgarien ausgewiesen worden war und von Deutschland zur unerwünschten Person erklärt wurde, entschloß sich auch Österreich, das mit Jahresende befristete Visum auslaufen zu lassen. Schirinowski hat bei den Parlamentswahlen in Rußland mit seiner ultrarechten Liberal-Demokratischen Partei (LDP) knapp 25 Prozent der Stimmen erreicht.

"Die rechte Szene rückt zusammen"

Aus einer Sonderauswertung des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg (BRD), die Anfang Dezember 1993 von Innenminister Birzele (SPD) in Stuttgart vorgelegt wurde, geht hervor, daß rechtsextremistische Organisationen in Deutschland zunehmend auch

Kontakte zu Gesinnungsfreunden im Ausland knüpfen. Als Beispiel nannte Birzele Kontakte zwischen rechtsextremen Gruppen aus dem Bodenseegebiet nach Österreich. "Die rechte Szene rückt näher zusammen. Interne Differenzen werden zunehmend zurückgestellt zugunsten verstärkter Kooperationen im Interesse gemeinsamer Ziele", sagte Minister Birzele.

Neue politische Bücher

Das Buch von Gabriel Anderl und Walter Manoschek "Gescheiterte Flucht" erzählt an Hand offizieller Dokumente und persönlicher Quellen die Tragödie einer Gruppe von etwa tausend österreichischer Juden, die im Herbst 1939 Wien verlassen haben, um sich vor den Nationalsozialisten zu retten. Unter Umgehung der britischen Einwanderungsbestimmungen wollten die Flüchtlinge über die Donau und das Schwarze Meer illegal nach Palästina gelangen. Nur etwa mehr als 200 Menschen, zumeist Jugendlichen, ist es gelungen, dieses Ziel zu erreichen. (Verlag für Gesell-schaftskritik, Wien 1993, 240 Seiten, 60 Abbildungen, 298 Schilling.)

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Franz Danimann, Herbert Exenberger, Hugo Pepper, Hans Waschek.



Auf dem Dollfuß-Weg zu Faschismus und Krieg

So kam es zum Bürgerkrieg in Österreich

Am 10. März 1933 – wenige Tage vorher hatte Bundeskanzler Engelbert Dollfuß mit Hilfe des "Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes" autoritär zu regieren begonnen – sprach Otto Bauer vor den Wiener sozialdemokratischen Vertrauensmännern und Betriebsratsobmännern. Er sagte: "Wir wissen, daß, wenn es zur Entscheidungsschlacht kommt, dies Opfer kosten wird, die wir vor den Müttern des Landes nur verantworten können, wenn wir vorher alles getan haben, um eine friedliche Lösung auf demokratischer Grundlage möglich zu machen..." Schon am 15. März verhinderte Dollfuß das Zusammentreten des Nationalrats durch den Einsatz von Kriminalpolizei, und Ende des Monats wurde der Republikanische Schutzbund von der Regierung für verboten erklärt. Damit war der Weg zum Februar 1934 endgültig beschritten.

Hinweise auf diese Entwicklung hatte es in den Jahren vorher zur Genüge gegeben. Die am 12. November 1918 ausgerufene Republik war ein ungeliebtes Kind bei Österreichs Konservativen. Schwarzgelbe Legitimisten der Gruppe "Ostara" erschossen im Februar 1923 den Wiener Arbeiter Franz Birnecker, was zur Gründung des "Republikanischen Schutzbundes" durch die Sozialdemokratische Partei führte. Schon kurz nach Ausrufung der Republik war es zur Gründung von konservativen Heimwehren gekommen, womit die Grundlage zu einer Welle der Gewalt gelegt wurde, von der die Erste Republik geprägt war. Die Opfer dieser Gewalttaten waren zumeist Arbeiter, die konservativen Mörder wurden meistens von den Gerichten freigesprochen. Immer wieder wurden sozialdemokratische Parteiheime nach Waffen durchsucht.

440.000 Arbeitslose

Das alles spielte sich vor dem Hintergrund einer immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Situation ab. 1932 gab es in Österreich 423.000 vorgemerkte Arbeitslose, zu Beginn des Jahres 1934 war diese Zahl auf 440.000 gestiegen. In Deutschland war es im März 1933 zur Machtübernahme durch Adolf Hitler gekommen. Bei den Landtagswahlen, die am 24. April 1932 in Wien, Niederösterreich und Salzburg abgehalten wurden, zogen 15 Nationalsozialisten in den Wiener Gemeinderat ein. Die Heimwehren gerieten immer mehr unter den Einfluß des italienischen Faschismus. Im Herbst 1932 wurde der Landesführer des Wiener Heimatschutzes, Major Emil Frey, zum Staatssekretär für das Sicherheitswesen ernannt. Politisches Ziel des Heimatschutzes war "die uneingeschränkte Durchsetzung der faschistischen Ideenwelt in einer unserem Vaterland entsprechenden Art und Weise...".

Anfang Februar 1934 wurde der politische Druck des Heimatschutzes stärker. Am 3. Februar wurden die wichtigsten Schutzbundführer, unter ihnen Major Eifler und Hauptmann Löw, verhaftet, der in der Illegalität arbeitende Schutzbund wurde damit seiner Führung beraubt. Wenige Tage später kam es erneut zu Waffensuchen in sozialdemokratischen Parteiheimen, und Major Fey erklärte am 11. Februar bei einer Heimwehrübung in Großenzersdorf (Niederösterreich): "Die Aussprachen von gestern und vorgestern haben uns die Gewißheit gegeben, daß Kanzler Dollfuß der Unsrige ist. Ich kann euch noch mehr, wenn auch nur mit kurzen Worten sagen: Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten!" Am selben Tag sandte der sozialdemokratische Landesparteisekretär und Schutzbundführer von Oberösterreich, Richard Bernaschek, aus Linz einen Brief an die Parteiführung in Wien, in dem er die Genossen von der festen Absicht der Oberösterreicher informierte, im Falle einer Waffensuche mit "gewaltsamem Widerstand" zu reagieren. Die Wiener Parteiführung antwortete mit dem verschlüsselten Rat zur Zurückhaltung: "Das Befinden des Onkel Otto und der Tante wird sich erst morgen entscheiden. Ärzte raten abwarten, vorläufig noch nichts unternehmen." (Siehe auch Seite 6.)

Standrecht und Generalstreik

Am Montag, 12. Februar 1934, um 7 Uhr früh begann die Polizei im Linzer Hotel Schiff, der Parteizentrale der Sozialdemokraten, mit einer Waffensuche. Richard Bernaschek wurde verhaftet. Als er abgeführt wurde, eröffnete der Schutzbündler Josef Kunz das MGFeuer. Die Polizei zog sich darauf zurück und forderte Verstärkung durch Militär

an. Erst gegen 13 Uhr ergaben sich die Schutzbündler. Der Bürgerkrieg breitete sich im Laufe des Tages auf die Industriestädte Steyr, St. Pölten, Bruck an der Mur, Kapfenberg, Eggenberg bei Graz und Weiz sowie Wörgl (Tirol) aus. Über Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark und Kärnten wurde das Standrecht verhängt. In Wien riefen die Sozialdemokraten um 11.30 Uhr den Generalstreik aus, doch war zu diesem Zeitpunkt die ganze Innere Stadt bereits von der Exekutive abgeriegelt worden. Die Parteiführung der Sozialdemokratie hatte sich in die Kampfleitung des Schutzbundes im Ahornhof auf dem Wienerberg in Favoriten zurückgezogen. Die kämpfenden Schutzbündler waren allerdings von jeder Nachricht abgeschnitten, führungslos und hatten oft nicht einmal Zugang zu den eigenen Waffenverstecken. Am Nachmittag des 12. Februar erteilte Bundeskanzler Dollfuß die Zustimmung zum Einsatz von leichten Feldgeschützen des Bundesheeres, die vor allem gegen Arbeiterwohnhausanlagen, wie Karl-Marx-Hof in Döbling, gerichtet wurden. Die Sozialdemokratische Partei wurde von der Bundesregierung für aufgelöst erklärt. An Stelle des gewählten Wiener Bürgermeisters Karl Seitz wurde ein Bundeskommissär eingesetzt.

Die Kämpfe hielten auch den ganzen Februar über vor allem in Wien und in Bruck an der Mur an. Schwerpunkte der Kämpfe in Wien waren unter anderen der Karl-Marx-Hof, das Ottakringer Arbeiterheim, der Reumann-Hof in Margareten, der Schlinger-Hof in Floridsdorf und der Goethehof in der Donaustadt. Otto Bauer wurde von Parteifreunden dazu veranlaßt, Wien zu verlassen und in die Tschechoslowakei ins Exil zu gehen. Im Laufe des 14. Februar erlahmte der sozialdemokratische Widerstand auch in Wien und Bruck an der Mur, und am späten Abend dieses Tages richtete Bundeskanzler Dollfuß über den Rundfunk einen Appell an die kämpfenden Schutzbündler, in dem er ihnen Pardonierung für den Fall der Waffenstreckung bis zum 15. Februar 12 Uhr mittag zusicherte. Dieser Appell hatte Erfolg, der Bürgerkrieg ging am 15. Februar 1934 zu Ende.

Die Opfer

Neun sozialdemokratische Führer wurden standrechtlich verurteilt und hin-(Fortsetzung auf Seite 6)



Februar 1934: Es lebe die Vor 60 Jahren verteidigten Sozialdemokraten



Das Denkmal für den Schutzbündler Karl Münichreiter, der am 14. Februar 1934 schwerverletzt hingerichtet wurde, steht auf dem Goldmarkplatz in Hietzing, wo sich heute noch ein Kinderfreunde-Heim befindet.

Das Ottakringer Arbeiterheim war ein Zentrum des Widerstandes. Erst der Einsatz schwerer Artillerie führte am 13. Februar zur Aufgabe. (Unser Foto zeigt die Gedenktafel in der Kreitnergasse in Ottakring.)

Im Ottakringer Arbeiterheim und den umliegenden Häusern hatte sich der Schutzbund eingenistet und beschoß die Abteilungen der Exekutive mit Ge-



wehren und Maschinengewehren. In solcher Stärke und so bewaffnet war er hier in Stellung, daß selbst Panzerautos, mit Maschinengewehren bestückt, durch die anliegenden Straßenzüge nicht an das Haus herankamen. So mußten Haubitzen eingesetzt werden. Da sich die 7,5-cm-Granaten als unzulänglich erwiesen, mußten die

Kaum war die Abteilung dem Goldmarkplatz nähergekommen, als die im Heime versammelten Schutzbündler, mindestens 50 an der Zahl, auf die anrückende Wache starkes Feuer eröffneten. Obwohl in starker Minderzahl, beschränkte sich die Sicherheitswache nicht auf eine Defensive, sondern ging beim Eintreffen von schwachem Sukkurs, wobei das Auto des Oberstleutnants Wachek einem heftigen Feuer ausgesetzt gewesen war, trotz fortgesetzten Gewehrfeuers der Gegner bravourös vor und konnte schließlich nach Einschlagen des Tores und Überklettern der Einfriedung das Heim, in welchem 10 bewaffnete Schutzbündler angetroffen wurden, erstürmen, während die Mehrzahl der Schutzbündler das Objekt rückwärts verließen und, ununterbrochen auf die Sicherheitswache feuernd, über den Roten Berg flüchteten. Zwei Schutzbündler gaben hinter einem Heuschober zahlreiche Schüsse auf die Wache ab, die herauf einen der Schutzbündler durch einen Kopfschuß, den zweiten – er war der später justifizierte Karl Münichreicher – durch eine leichtere Verletzung kampfunfähig machte.

(Aus: Öffentliche Sicherheit, Polizei-Rundschau der österreichischen Bundes- und Gemeindepolizei sowie Gendarmerie, Wien-Graz, Nr. 3/1934.)

schwersten Geschütze, die Österreich nach dem Friedensvertrag besitzen darf, 10,5-cm-Haubitzen, herangeholt werden. Aber als nach mehrstündigem Artilleriefeuer das Parteiheim bereits in Trümmer geschossen war, dauerte der Widerstand trotz schwerer Verluste auf beiden Seiten in den Morgenstunden noch ungebrochen an. Erst gegen Dienstag mittag konnten das Arbeiterheim und die anliegenden Bauten im Sturm genommen werden.

(Aus: Germania, 18. Februar 1934.)

Zu Füßen des Denkmals für Bürgermeister Reumann im **Reumann-Hof in Margareten** liegt ein Gedenkstein.

Der einzige Kampfplatz, auf dem die Streitkräfte der Regierung bisher einen völligen Sieg errungen hatten, ist der Reumannhof, der Schritt für Schritt erobert wurde. Hier gingen die Truppen mit Tränengasbomben, die durch die Fenster geworfen wurden, vor, sodaß die Verteidiger den Kampf aufgeben mußten. Trotzdem konnten einige Häuser erst nach heftigen Kämpfen auf Treppen und in den Wohnungen eingenommen werden.

(Aus: Neue Zürcher Zeitung, 13. Februar 1934.)

Das Denkmal für Ing. Georg Weissel, Kommandant der Hauptfeuerwache Floridsdorf, steht an der Prager Straße. Georg Weissel wurde am 13. Februar verhaftet und schon am darauffolgenden Tag hingerichtet.



Es gelang der Kompanie, von rückwärts in das Gebäude der Hauptfeuerwache einzudringen. Der Kommandant der Feuerwache, der bereits hingerichtete Ing. Georg Weissel, hatte sich mit ungefähr der Hälfte seiner Mannschaft in die Kellerlokale zurückgezogen, die andere Hälfte befand sich noch im ersten Stock und auf der Stiege. Als die Wache die Stiege hinaufstürmte, wurden auf sie von den Feuerwehrleuten noch einige Gewehrschüsse abgegeben. Unter Androhung der Anwendung von Handgranaten wurden die Feuer-wehrleute bald zur Ergebung gebracht und alle 61 Mann als Gefangene abgeführt. Die Feuerwache wurde sofort durch Sicherheitswache besetzt.

(Aus: Öffentliche Sicherheit.)





Sozialdemokratie! Freiheit!

Demokratie und Freiheit in Österreich

Die Beschießung des Karl-Marx-Hofes in Döbling durch schwere Waffen des Bundesheeres zwang die Verteidiger am 15. Februar den Kampf einzustellen. (Unser Foto zeigt die Gedenktafel am Karl-Marx-Hof.)



Die beiderseitige Beschießung des Blauen Bogens ost- und westwärts hatte den Erfolg, daß die Infanterie ohne Verluste in den Karl-Marx-Hof eindringen konnte, worauf die Säuberung begann. Leider mußte diese bald abgebrochen werden, da wegen der bedrohlichen Situation in Floridsdorf die Truppen des Bundesheeres, die schwere Artillerie sowie zwei Panzerwagen der Sicherheitswache, welche den Infanterieangriff unterstützt hatten, nach Foridsdorf abzugehen hatten. Durch dieses Abziehen der Truppen, insbesondere aber durch die lebhafte Tätigkeit der Aufrührer im Gemeindebau Obkirchergasse, wurden die Schutzbündler des Karl-Marx-Hofes wieder ermutigt, besetzten neuerdings ihre Stellungen und begannen um die Mittagsstunde wieder ein heftiges Gewehrfeuer gegen das Wachzimmer Bahnhof Heiligenstadt und die dort postierten Abteilungen des Freiwilligen Schutzkorps, wobei ein Schutzkorpsmann fiel. Die Wachebereitschaft und das Schutzkorps erhielten angesichts dieser bedrohlichen Lage den Befehl, sich nur auf Defensive zu beschränken, während gegen zwei Uhr nachmittags die leichte Artillerie unter Kommando des Hauptmannes Schwarz sowie die Wachekontingente, unterstützt von 2 Kompanien des Infanterieregiments Nr. 4 unter Kommando der Majore Hagmann und Marx, gegen die Gemeinde-bauten in der Krim, Obkirchergasse, Flotowgasse und Budinskygasse, eingesetzt wurden. Diese Aktion war nach kurzer Artilleriebeschießung zirka 5 Uhr nachmittags beendet.

(Aus: Öffentliche Sicherheit.)

In den Zellen des Gefängnisses wurde bekannt, daß Genosse Wallisch noch vor Mitternacht sein Leben der Arbeiterschaft opfern sollte. Keiner der Genossen in den Zellen dachte ans Schlafen. Ein jeder hoffte noch einmal, Wallisch sehen zu können. Bald gab es wieder Leben in den Gängen des Gefängnisses. Man hörte Militär, und dann, einige Genossen hatten noch das große Glück, von Genossen Wallisch persönlich Abschied nehmen zu dürfen, hörte man Wallisch ruhig und gefaßt, festen Schrittes seinen letzten Weg gehen. Von den Türen und Zellenfenstern wurden wir verjagt, und doch konnten wir seinen letzten Ruf, den er uns Überlebenden dieses Kampfes und trotzig seinen Gegnern zurief, hören: "Es lebe die Sozialdemokratie! Freiheit!" Seinen Freiheitsruf würgte die Schlinge des Henkers ab. Mit dem Absingen der "Internationale" nahmen wir in den Zellen Abschied von einem großen Freiheitskämpfer.

(Aus: Otto Linhart "Koloman Wallisch: Es lebe die Sozialdemokratie! Freiheit!", in: Koloman Wallisch – 50 Jahr 12. Februar 1934.)

Im Ahornhof nahe der Spinnerin am Kreuz in Favoriten befand sich die Kommandostelle des Schutzbundes. Hier hielten sich auch Dr. Otto Bauer und Dr. Julius Deutsch auf. Beide verließen erst auf Drängen den Ahornhof, um in der Tschechoslowakei Sicherheit zu suchen. Rosa Jochmann war in diesen dramatischen Stunden dabei:





Koloman Wallisch, Nationalratsabgeordneter und Landesparteisekretär der Sozialdemokratie in der Steiermark, wurde am 19. Februar 1934 vom Standgericht zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. Unser Foto zeigt die Gedenktafel neben dem SPÖ-Eingang des Parlaments an der Reichsratsstraße. (Alle Fotos: Hans Waschek.)

In der Nacht von Montag auf Dienstag sind schon ringsherum Leuchtraketen aufgestiegen, und uns wurde gemeldet: "Die Soldaten sind schon ganz nahe und finden bald heraus, wo sich der Parteivorstand aufhält!" Da ging ich zu Bauer und sagte ihm: "Jetzt müssen Sie unbedingt weg von hier." In den Zeitungen stand später, daß Otto Bauer mit einer Million über die Grenze geflüchtet sei. Das war eine riesige Unwahrheit. Er hatte überhaupt kein Geld. Bauer wollte und wollte nicht aufbrechen, wir sprachen alle auf ihn ein. Endlich erhob er sich doch, und ich konnte ihn zur Kellertüre eines Siedlungshauses führen und ihm den Weg aus der Siedlung zeigen. Wir haben uns verabschiedet und noch verschiedenes besprochen. Bauer ging dann zu Josef Pleyl, der es übernommen hatte, ihn kurz darauf in die Tscheschoslowakei zu bringen.

(Aus: Maria Sporrer/Herbert Steiner (Hrsg.): Rosa Jochmann – Zeitzeugin, Wien 1983.)



"... wird gewaltsamer Widerstand geleistet ... "

Am 11. Februar 1934 verfaßte der sozialdemokratische Landesparteisekretär und Schutzbundkommandant von Oberösterreich, Richard Bernaschek, mit fünf seiner engsten Vertrauten - Ferdinand Hüttner, Josef Glasner, Otto Huschka, Franz Schlagin und Ludwig Bernaschek - einen Brief an die Parteiführung in Wien, der folgende Mitteilung enthielt:

Ich habe mich heute vormittag mit fünf gewissenhaften, der Partei treu ergebenen Genossen besprochen und mit ihnen nach wirklich reiflicher Überlegung einen Beschluß gefaßt, der nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Die

DEN OPFERN UND KÄMPFERN FÜR FREIHEIT UND RECHT 12 - FEBRUAR 1934

Gedenkstätte in Linz, Landesparteizentrale Hotel Schiff, Landstraße 36, wo Genosse Josef Kunz als MG-Schütze gefallen ist. Eine eigene Gedenktafel für Gen. Kunz ist in Vorbereitung und soll über dieser Gedenkstätte angebracht werden.

Begründung dieses Beschlusses werde ich vielleicht Gelegenheit haben, morgen abend dem Reichsparteivorstand bekanntzugeben. In Durchführung dieses Beschlusses werden wir heute nachmittag und diese Nacht sämtliche uns zur Verfügung stehenden Waffen, und zwar in ganz Oberösterreich, soweit bereitstellen, daß die heute noch zum Widerstand entschlossene Arbeiterschaft sie sofort greifbar hat. Wenn morgen, Montag, in einer oberösterreichischen Stadt mit einer Waffensuche begonnen wird, oder wenn Vertrauensmänner der Partei bzw. des Schutzbundes verhaftet werden sollten, wird gewaltsamer Widerstand geleistet und in

Fortsetzung dieses Widerstandes zum Angriff übergegangen werden. Dieser Beschluß sowie die Durchführung ist unabänderlich.

Dieser Brief erging an Otto Bauer, Theodor Körner und Johann Schorsch, den Sekretär der Freien Gewerkschaf-Antwort der Parteiführung telefonierte Alois Jalkotzy, Reichssekretär der Kinderfreunde, nach

Das Befinden des Onkel Otto und der Tante wird sich erst morgen entscheiden. Ärzte raten abwarten, vorläufig noch nichts unternehmen.

Am Montag, 12. Februar 1934, um sieben Uhr früh begann die Polizei mit der Durchsuchung des Linzer Hotels Schiff, der Parteizentrale der Sozialdemokratie Oberösterreichs. Damit wurden die Kampfhandlungen eröffnet. Um zirka 9 Uhr war das Hotel Schiff von Militär umstellt. Unter dem Feuerschutz einer Maschinengewehrkompanie erstürmte das Bundesheer das Gebäude. Erst gegen 13 Uhr ergaben sich die Schutzbündler.

Sie wurden hingerichtet

Josef AHRER, Bauschlosser, Steyr, 30. 8. 1908-17. 2. 1934.

Anton BULGARI, Maler, Linz, 4. 3. 1877-22. 2. 1934.

Johann HOIS, St. Pölten, 1908-16.2.1934

Karl MÜNICHREITER, Schuhmacher, Wien, 27. 9. 1891-14. 2.

Viktor RAUCHENBERGER, Maurergehilfe, St. Pölten, 1891-16. 2. 1934

Josef STANEK, Arbeiterkammersekretär, Graz, 26. 5. 1883-17. 2. 1934

Emil SVOBODA, Wien, 1898-16. 2. 1934.

Koloman WALLISCH, Maurer, Parteisekretär, Bruck/Mur, 28. 2. 1889-19. 2. 1934

Ing. Georg WEISSEL, Brand-oberkommissär der Wr. Feuerwehr, Wien, 28. 3. 1899-15. 2. 1934.

NIEMALS VERGESSEN!

Fortsetzung von Seite 3:

gerichtet: Josef Ahrer, Anton Bulgari, Johann Hois, der schwerverletzt zum Galgen geschleppte Karl Münichreiter, Rauchenberger, Josef Stanek, Emil Swoboda, der Nationalratsabgeordnete Koloman Wallisch und der Feuerwehroffizier Ing. Georg Weissel. Die Sozialdemokratie hatte mehr als 1000 Tote und Tausende Verletzte zu beklagen.

Am 16. Februar 1934 verfügte die Bundesregierung die Annullierung der sozialdemokratischen Mandate und die Beschlagnahme der Vermögenswerte

Die Brünner "AZ"

Organ ber öfterreichifden Cozialbemofratie.

Ericheint wöchentlich. 25. Februar 1934,

Nach dem Kampf!

us Gewissensbedurfnis.
Wie es gekommen ist.
Seit dem 7. März 1933 hat die Regierung
Ilfuss-Fey ein System des Verfassungschs, der Recht und Gesettolosipkeit aufchett. Sie hat alle Freibeltscorbe, die die
rfassung der Republik dem österreichischen

Unser eint Toten!

Unser eint Toten!

Unser eint Cedanke gilt unseren Gre (a):
In n n - und 'unseren at a dre e h lite he ein eine der ein ein der ein ein der ein der ein der ein ein der ein

Die am 25. Februar 1934 in Brünn herausgekommene erste Nummer der illegalen "Arbeiter-Zeitung", die vom Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokratie (ALÖS) geschrieben und redigiert wurde. Geschrieben wurde dieses Wochenblatt bis 1938 allerdings fast im Alleingang von Otto Bauer, dem in Sekretariatsangelegenheiten der ehemalige Grazer Parteijournalist Moritz Robinson sowie Josef Haas halfen. Das Blatt war die politisch wirksamste Waffe der gesamten illegalen Opposition der Arbeiterbewegung gegen den Austrofaschismus. Die Auflage der acht bis zwölf Seiten starken Zeitung betrug im Durchschnitt 25.000 Exemplare.

der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Organisationen. Engelbert Dolllfuß ging den Weg zum Austrofaschismus weiter, bis er selbst im Juli 1934 einem NS-Putschversuch zum Opfer fiel. Das änderte aber nichts daran, daß dieser Dollfuß-Weg direkt zur Auslöschung Österreichs durch die Nazi im März 1938

Visionär stellte Otto Bauer in einer am 19. Februar 1934 in Bratislava verfaßten und ungemein selbstkritischen Analyse ("Der Aufstand der österreichischen Arbeiter") fest: "Die Niederwerfung der Sozialdemokratie österreichischen hat beide Wege freigelegt: den Weg zu Hitler und den Weg zu Habsburg. Aber beide führen zum Krieg. Europa wird noch erfahren, welche Schlüsselstellung des europäischen Friedens mit der österreichischen Sozialdemokratie zerstört worden ist."



ZEICHEN Symbole der Partei

Freundschaft!

Neben dem üblichen Kampfgruß "Freiheit" in der österreichischen Sozialdemokratie der Ersten Republik entwickelte sich in den Reihen der Kinderfreunde der Gruß "Freundschaft!". Während in der Mainummer 1933 der sozialdemokratischen Monatsschrift "Der Sozialdemokrat" die Genossinnen und Genossen aufgefordert wurden, mitzuhelfen, die Propagandaarbeit und die Massenbeeinflussung zu verstärken, etwa durch das öffentliche Tragen der "Drei Pfeile" oder durch das bewußte Einander-Begrüßen - "Auf diese Art könnte man allerorten und immer wieder den Gruß "Freiheit" ertönen hören, der in diesen Tagen eine stärkere Bedeutung hat, als je zuvor" - entstand der Gruß "Freundschaft!" sehr bald nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. In der Zeitschrift "Die Sozialistische Erziehung". Nummer 10, vom Oktober 1948 lesen wir darüber folgendes:

"Im Jahre 1919 führten die Kinderfreunde im Schloß Schönbrunn ein Kinderheim, an das später die so wichtige
"Schönbrunner Schule" für Erzieherinnen angeschlossen wurde. In diesem
Kinderheim wurden die ersten Gedanken sozialistischer Erziehung entwickelt
und erprobt. Es ist kein Zufall, daß damals, in einer Zeit, da sich das historische Bewußtsein der österreichischen
Arbeiterklasse so revolutionierend und
schöpferisch auswirkte, aus dem Geist
dieser Kindergemeinschaft! der Gruß

"Freundschaft!" geboren wurde. Unser "Freundschaft!" wurde anfangs allerdings von den allermeisten Erwachsenen abgelehnt; selbst unser unvergeßlicher Max Winter schüttelte über eine solche "Narretei" zuerst den Kopf. Aber die Kinder, Ihre Begeisterung und ihre Gläubigkeit an die sozialistische Idee, siegten. Von Schönbrunn aus eroberte sich unser Gruß die sozialistische Welt."

Auch nach den Jahren der nazistischen Barbarei ertönte der Gruß "Freundschaft!" in unseren Reihen und ist nach wie vor für viele Genossinnen und Genossen in der SPÖ ein wichtiges Bindeglied. Dem Wort "Freundschaft!" begegnen wir auch in Märchen von Max Winter, die unter dem programmatischen Titel "Geschichten aus dem Freundschaft!sland" von den Wiener Sozialistinnen und Sozialisten den Kindern zu Weihnachten 1946 überreicht wurden. Einige Zeit vorher, am 11. September 1945, meinte E. W. in der "Arbeiter-Zeitung" über unseren Gruß "Freundschaft!":

"Freundschaft!! Dies ist der Gruß der Sozialisten. Jetzt genauso wie früher. Mit diesem Wort sagen wir alles, was der Sozialismus uns bedeutet und zu dem er uns zugleich verpflichtet. Freundschaft! und damit Gleichberechtigung im eigenen Volk sowie im Verkehr mit anderen Völkern zu erstreben und zu pflegen. Freundschaft! ist die Garantie für den Frieden! Darum wollen wir uns gegenseitig und vor allem beim Verkehr in einem Parteilokal wieder mit "Freundschaft!!' grüßen und auf "Grüß Gott!' und "Guten Tag!' verzichten."

Diese Gedanken aus dem Jahre 1945 haben auch in unserer Gegenwart nichts an Aktualität eingebüßt.

Herbert Exenberger

1956 kam Anne Kohn-Feuermann nach Wien, um vorerst mit schwierigen Fällen von Flüchtlingen zu arbeiten. Nach einem weiteren zweijährigen Aufenthalt in England kam sie 1959 endgültig nach Wien zurück. 21 Jahre lang arbeitete sie bei der Gemeinde Wien in der Erwachsenenfürsorge- und Eheberatungsstelle, außerdem unterrichtete sie in der Fürsorgeschule und richtete einen eigenen psychiatrischen Kurs ein. Im Bereich der Israelitischen Kultusgemeinde ist Prof. Kohn-Feuermann seit 1961 tätig. Auch in diesem Rahmen stellte sie ihre Fähigkeiten, die sich in idealster Weise mit ihrem persönlichen Engagement decken, in den Dienst der Öffentlichkeit. Ihre Verdienste um die Betreuung alter und hilfsbedürftiger Menschen sowie um die Hilfe für die aus der früheren UdSSR stammenden Juden sind bereits legendär. In einem Alter, in dem die meisten Menschen längst ihren verdienten Ruhestand genießen, ist die Jubilarin immer noch unermüdlich für ihre jüdischen Mitbürger tätig. Wie kein anderer versteht sie es, ihr Fachwissen mit Einfühlungsvermögen und menschlicher Wärme zu verbinden. Den Berufstitel "Professor" erhielt Anne Kohn-Feuermann 1976 vom Bundespräsidenten verliehen.

Als Obfrau des "Bund Werktätiger Juden-Poale Zion", der sozialdemokratischen Fraktion in der jüdischen Gemeinde, wirkt Prof. Kohn-Feuermann seit vielen Jahren auf politischer Ebene gestaltend mit. In der Zeitung "Der Bund" erscheinen regelmäßig ihre vielbeachteten Beiträge. Von ihren politischen Gegnern geachtet, von ihren Freunden geliebt, darf Anne Kohn-Feuermann trotz aller erfahrenen Schicksalsschläge auf ein erfülltes Leben zurückblicken.

Ernst M. Stern

Die Redaktion des "Sozialdemokratischen Kämpfer" schließt sich den Glückwünschen an Genossin Anne Kohn-Feuermann an und freut sich, sie zu den gelegentlichen Mitarbeitern unserer Zeitung zählen zu dürfen.

Prof. Anne Kohn-Feuermann – 80

Professor Anne Kohn-Feuermann, die "große alte Dame" des Wiener Judentums, feierte am 14. Oktober ihren 80. Geburtstag. Im Sinne der besten humanistischen Tradition der österreichischen Sozialdemokratie stand ihr ganzes Leben im Dienste all jener unterprivilegierten Menschen, die der Hilfe bedürfen. Ihr karitatives Wirken, ihre aufopfernde soziale und organisatorische Tätigkeit im Dienste der Gemeinde Wien und der jüdischen Bevölkerung sind beispielhaft.

Die 1913 in Wien geborene Anne, Tochter eines Textilkaufmannes im 1. Wiener Gemeindebezirk, erkannte ziemlich früh, wie schwer es ist, als Mädchen in die Zeit am Beginn des Zerfalls der Habsburger Monarchie hineingeboren zu sein. Ein bis heute nie zu stillender Bildungshunger und ihr fester Wille schafften es, über eine Maturaschule zu ihrem Abitur zu gelangen. Ihr Wissensdurst wurde durch die sozialdemokratische Bücherei gestillt, und über

diesem Weg kam sie mit der österreichischen sozialdemokratischen Bewegung in Verbindung. Der Beitritt zur sozialistischen Arbeiterjugend war daher nur eine logische Folge einer vorangegangenen geistigen Emanzipation zur sozialdemokratischen Idee. Für Anne Kohn bedeutete die Machtübernahme der Austrofaschisten im Jahre 1933, daß sie ihre politische Arbeit trotz großem Kummer der Familie in der Illegalität fortsetzte. In den Jahren 1934 bis 1938 wurde auch Anne wegen Verfassens verbotener Beiträge für eine sozialdemokratische Jugendzeitschrift zweimal verhaftet und eingesperrt. Nach dem Anschluß Österreichs an Hitler-Deutschland sah auch Anne keinen anderen Ausweg, als auszuwandern. Durch eine englische Organisation erhielt sie ein Visum und begann in der Folge ein Studium an der Universität von Glasgow, das sie mit einem Diplom für Sozialarbeit und einer Ausbildung zur Montessori-Lehrerin beendete. Sie begann in Schottland mit kriminellen Jugendlichen und verhaltensgestörten Kindern aus den verschiedenen deutschen KZ zu arbeiten.

Kurt Schmidt - 80

Unser "Kurtl" feierte im Dezember 1993 seinen 80. Geburtstag, und wer ihn kennt, glaubt ihm dieses Jubiläum nicht. Denn unser Genosse Kurt Schmidt ist in seinem Herzen ein Junggebliebener, trotz allem, was er in seinem Leben mitmachen mußte, und trotz allem, was er sich immer noch aufbürdet. Er trägt zwar das Zeichen eines der furchbarsten Vernichtungslager der Nazi, Auschwitz-Birkenau, aber er führt dennoch seit vielen Jahren immer wieder junge Menschen nach Mauthausen, um ihnen von der Wirklichkeit der NS-Konzentrationslager zu berichten. Genosse Schmidt ist einer der unermüdlichsten und eifrigsten Zeitzeugen und allein in dieser Funktion unersetzlich. Allein für diese Arbeit, die ihn (Fortsetzung Seite (8)



DVR:0029106/FK/048/919 FRAU THEKLA SCHWANTNER DARINGERG:14/25/6 1190 WIEN

> Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b.

Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden an den Absender

Fortsetzung von Seite 7:

ja immer aufs neue mitten ins Herz treffen muß, gebührt ihm unser aller Dank. Aber für uns Freiheitskämpfer ist Kurt Schmidt noch viel mehr. Er ist eine wichtige Kraft im Bundessekretariat, immer mit Rat und Tat zur Stelle und unerschöpflich an Ideen. Er ist ein umsichtiger und kenntnisreicher Reiseleiter ungezählter Gedenkfahrten und läßt sich von solchen Aufgaben auch durch körperliche Gebrechen nicht abhalten. Und



Kurt Schmidt ist ein unvergleichlicher Rezitator, seine Stimme – am Reinhardt-Seminar geschult und am Theater ausgebildet – gehört zu allen größeren Gedenk- und Feierstunden. Schließlich ist Kurt Schmidt der "gute Geist" des Parteihauses in der Löwelstraße, ein in der Wolle gefärbter, aber nicht unkritischer Roter. Wir wünschen Dir, lieber Kurt, noch viele erfreuliche Jahre in bestmöglicher Gesundheit, Freude und Glück.

Salzburg

Gedenkkundgebung. So wie in den vergangenen Jahren wurde auch am 1. November 1993 beim Mahnmal unserer GenossInnen gedacht, die zwischen 1934 und 1945 ihr Leben für ihre sozialistische Gesinnung hingeben mußten. Umrahmt von Klängen der Eisenbahnermusik hielt Landesrat Dr. Othmar Raus eine zu Herzen gehende Gedenkrede.

Kurz nach seinem 91. Geburtstag hat uns unser Mitkämpfer, Oswald Krenn, für immer verlassen. Er hat auch in schweren Zeiten der Partei die Treue gehalten und wurde dafür bis zur Befreiung im Kerker festgehalten. Wir werden unseren Oswald "Niemals vergessen!

Oberösterreich

Wolfgang Simböck †. Der Leiter der Landesmusikschule Braunau und Kulturreferent der Stadt Braunau, Genosse Wolfgang Simböck, ist am 18. Dezember 1993 im 44. Lebensjahr gestorben. Mit Genossen Simböck haben auch die Freiheitskämpfer einen guten Freund verloren, der sich vor allem um die Aufstellung eines Gedenksteines vor dem Geburtshaus Adolf Hitlers in Braunau verdient gemacht hat. Wolfgang Simböck gehörte dem Gemeinderat der Stadt Braunau seit 1986 an, seit 1991 als Vorsitzender des Kulturausschusses. Gemeinsam mit Bürgermeister Gerhard Skiba bemühte sich Genosse Simböck um die Aufstellung des Gedenksteines, die schließlich am 5. April 1989 erfolgte. Der Stein aus dem Steinbruch des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen trägt die Inschrift: "Für Frieden, Freiheit und Demokratie. Nie wieder Faschismus. Millionen Tote mah-

Vorbereitungen für das Gedenkjahr 1995

Über Antrag des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Landesverband Niederösterreich beschloß der Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokraten eine Reihe von Gedenkkundgebungen zum 50. Jahrestag des Kriegsendes zu veranstalten. Im Detail hatte der Antrag folgenden Wortlaut:

"Am 8. Mai 1945 kapitulierte der Hitlerfaschismus!

Dieser Tag war für die Kriegsgeneration von größter Bedeutung, denn weltweit fielen 1939–1945 dem Hitlerwahnsinn

54 Millionen Menschen

zum Opfer.

Zum Gedenken an die riesigen Opfer des Krieges und des Faschismus sollen unsere Parteiorganisationen im Mai 1995 überall dort, wo sich einschlägige Gedenkstätten befinden,

Gedenkkundgebungen

veranstalten.

Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen ersucht, für junge Menschen Gedenkfahrten nach Mauthausen, Ebensee, Hartheim und Melk durchzuführen."

Favoriten

Protestbrief. Gegen die Absicht, den "Ball der roten Herzen" ausgerechnet am 12. Februar zu veranstalten, protestierte namens des Bezirksvorstandes Favoriten der Freiheitskämpfer Genosse Johann Knacz in einem an den Bezirksparteivorstand Favoriten gerichteten Brief. "Es fällt uns schwer, diesen Brief schreiben zu müssen, aber zahlreiche empörte Reaktionen von Zeitzeugen veranlassen uns dazu", heißt es in dem Schreiben. "Es erscheint uns unverständlich, den "Ball der roten Herzen" an einem 12. Februar zu veranstalten...

Wir gratulieren im Jänner und Februar

Zum 75. Geburtstag: Franz Magler, Bgld.; Franz Pfundner, Wien; Eleonore Gartenberg, Wien; Hermann Sarkoezi, Sbg.; Franziska Beseda, Wien; Lona Murowatz, NÖ; Anton Breiner, Wien; Dr. Rosi Hirschegger, Tirol.

Zum 80. Geburtstag: Friedrich Gottschalk, Wien; Viktor Wuganigg, Stmk.; Hildegard Frey, Wien; Anna Wilem, Wien; Josef Schramayr, OÖ; Walter Rotpart, OÖ; Wilhelm Hradil, Wien; Irma Ballek, Wien.

Zum 85. Geburtstag: Franzi Billmaier, Wien; Richard Schroth, NÖ; Christine Gollinger, NÖ; Josef Bruckmayer, Wien; Johann Weis, Wien; Ferdinand Kaiser, Tirol.

Zum 90. Geburtstag: Siegfried Zöchner, Wien; Maria Jahn, Stmk.; Johanna Christian, Wien.

Zum 91. Geburtstag: Karl Mayrhofer, NÖ; Otto Pollacek, Wien; Adele Mörzinger, Wien; Gisela Hochmeister, Wien; Rudolf Wolf, Wien.

Zum 92. Geburtstag: Franz Göttlicher, Wien; Rosa Huss, NÖ; Ernestine Schilletz, Stmk.; Friedrich Hacker, NÖ; Josef Kleinschuster, Stmk.; Karl Sellner, Wien; Anna Voithofer, Sbg.

Zum 93. Geburtstag: Josef Sabelko, NÖ.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 15. März 1994.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien. – Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.